

Policing the policies

Bericht über Phase 3 des Projekts in Berlin Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain- Kreuzberg



Association of
Cultural Heritage
Education in Finland



Co-funded by
the European Union

Das Projekt wird finanziert von der Europäischen Union. Die geäußerten Positionen und Meinungen sind jedoch ausschließlich die des Autors/der Autoren und spiegeln nicht zwingend die Ansichten der Europäischen Union oder der European Education and Culture Executive Agency (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die EACEA können für Diese verantwortlich gemacht werden.

Berlin, June 2023

Inhaltsverzeichnis

1. **Short Summary** 2

2. **Einleitung**..... 2

3. **Methodisches Vorgehen**..... 2

 2.1 Desk Research / Sekundarforschung..... 3

 2.2 Fokus Gruppen..... 3

3. **Ergebnisse des Desk Researchs**..... 4

 4.1 Auswertung..... 5

 4.2 Erste Empfehlungen aus dem Desk Research..... 6

4. **Ergebnisse der Fokusgruppen**..... 7

 4.1 Drogen 7

 4.2 Stigmatisierung 8

 4.3 Mentale Gesundheit 8

 4.4 Einblicke in die Fokus Gruppe 1..... 8

 4.3 Einblicke in die Fokus Gruppe 2..... 10

 4.5 Einblicke in die Fokus Gruppe 3..... 11

5. **Zusammenfassung**..... 12

6. **Empfehlungen**..... 13

7. **Referenzen** 13

1. Short Summary

The conducted research project focusing on Youth Policies in the districts Tempelhof-Schöneberg and Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin was produced to investigate the coherence between the expectations and realities of young people in the district and local youth policies. Using desk research and focus groups, CRISP e.V analyzed the availability, organization, and consistency of local politics. With the focus groups, three main topics from youth became highlighted: drugs, stigmatization, discrimination, and (mental and physical) security. It also became clear that the work of youth work as well as spaces for youngsters in the district play a significant role for young people, both for the development of community, identity, and perspectives but also for feelings of safety. In conclusion, we recommend to policymakers at the state and district level the strategies mentioned below in order to enable local youth policies focused on these issues, as well as a reflective and dynamic approach that holds itself accountable to changing needs and concerns.

2. Einleitung

Im Rahmen des EU-geförderten Projekt "Policing the Policy (inh. Work Package 3), das von CRISP e.V. in Berlin sowie, durch Partner zugleich in Serbien, Polen und Finnland durchgeführt wurde, sollen die lokalen Jugendpolitiken, auf ihre Wirksamkeit untersucht und neue Methoden der Jugendbeteiligung vor Ort erprobt werden. Dabei knüpft der vorliegende Bericht an eine Reihe von Aktivitäten an, die von von 2021 bis 2023 im Projekt stattfanden. So wurde durch einen Workshop mit Akuteren der Berliner Jugendbeteiligung, sowie ein Training mit jungen Menschen und Akuteren der Jugendbeteiligung aller Länder, erste Themen und Anliegen für eine jugendgerechte Stadt gesammelt. Diese waren von Seiten der Jugendlichen bspw. sexuelle Bildung und mentale Gesundheit, Klimawandel und Migration. Von Seiten der Jugendarbeit, die Vereinfachung und Vereinheitlichung von Strukturen. Der vorliegenden Forschung zu lokalen Jugendpolitiken in Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain-Kreuzberg soll schließlich einen genaueren Blick auf die Durchführung und Wirkung dieser ermöglichen. Wir wollen die wichtigsten Erkenntnisse in Folgenden kurz darlegen und hoffen, damit Impulse für zukünftige jugendpolitische Strategien in Berlin zu setzen.

3. Methodisches Vorgehen

Ziel ist es, die Maßnahmen auf Bezirks- und Landesebene in Bezug auf die Bedürfnisse von Jugendlichen besser zu verstehen. Methodisch teilt sich die Untersuchung dafür in 2 Teile: In einem ersten Schritt wurde der Frage nachgegangen, wie Berlin und die Bezirke, Jugendliche Interessen und Anliegen antizipiert und adressieren. In einem zweiten Schritt wurden schließlich die Jugendlichen der Bezirke selbst zu ihrer Perspektive und Themen befragt und die Überschneidungen und Differenzen analysiert. Hierfür wurde ein Mixed-Methods-Ansatz verfolgt, der eine quantitative und qualitative Methode nutzt: Desk Research und Fokusgruppen.

2.1 Desk Research / Sekundarforschung

> Wie nimmt das Land Berlin, mit Fokus auf die beiden Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg und Tempelhof-Schöneberg, junge Einwohner:innen wahr und unterstützt diese durch rechtliche, strategische und exekutive Maßnahmen?

> Was tut die Stadt/der Bezirk, um die Bedürfnisse der Jugend zu erkennen und wie wird dahingehend agiert?

Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, wurden drei Säulen der Jugendpolitik in Berlin und den Bezirken genauer betrachtet. 1. Die rechtliche Ebene, 2. Die Umsetzungsebene und 3. Evaluierungsmaßnahmen. Um zu verstehen, welche Aktionslinien es auf diesen Ebenen gibt und inwieweit diese wirksam sind, wurden verschiedene, online verfügbare Daten wie Zeitungen, Bezirksseiten, Artikel sowie verfügbaren Informationen von Jugendclubs in den beiden Bezirken untersucht. Der Desk Research wurde im Verlauf der Forschung immer wieder aktualisiert und machte die Formulierung erster Empfehlungen möglich, die weiter unten in diesem Bericht zu finden sind.

2.2 Fokus Gruppen

Um neben diesen quantitativen Daten auch qualitative Informationen über die Wahrnehmungen, Interessen und Bedürfnisse Jugendlicher in den Bezirken zu erhalten, wurden drei Fokus Gruppen mit jeweils 6-8 Jugendlichen in Kreuzberg und Tempelhof-Schöneberg von uns durchgeführt. Die Diskussionen bauten dabei einerseits auf den Ergebnissen der vorangegangenen Workshops mit Jugendlichen, des Desk Researchs, sowie auf Vorgespräche mit Leitenden der Jugendeinrichtungen auf. Zudem war bei den Gesprächen stets eine Ansprechperson der Jugendeinrichtung anwesend. Es zeigten sich so bereits in den Vorgesprächen mit den Jugendeinrichtungen erste Themen, die sich zum Teil mit den Themen der Workshops überschneiden (Bspw. mentale Gesundheit) und die daher von uns stärker in die Diskussionen integriert wurden. Teilweise wurden diese durch die Diskussionen spezifiziert und konnten in einen lokalen Kontext gebracht werden. So wurden in den Gruppen einerseits offene Fragen über Perspektiven und Bedürfnisse im Bezirk diskutiert, aber auch geschlossene Fragen über spezifische Themen und Anliegen. Im Verlauf des Gesprächs wurden dabei auch ganz andere Richtungen von den Jugendlichen eingeschlagen die wiederum neuen Themen aufzeigten. Die Gespräche wurden anschließend über Clustering von uns ausgewertet und in Folgendem zusammengefasst. Schließlich sollten die Leser:innen die Ergebnisse dennoch als ansehen, da im Rahmen dieses Projekts nicht der Umfang aller Perspektiven Jugendlicher abgebildet werden. Dennoch zeigen die geführten Gespräche wichtige Informationen über die Lebenswelten und Themen Jugendlicher in den Bezirken auf die einen Anreiz für weitere Forschung sowie ein Überdenken der lokalen Politiken sein können. Wir bedanken uns zudem herzlich für die Offenheit und Bereitschaft der Jugendlichen für die Fokus Gruppen.

3. Ergebnisse des Desk Researchs

Die rechtliche Ebene

Einleitend lässt sich sagen, dass eine Vielzahl an landesweiten Gesetzen bestehen, die sich an Jugendliche richten bzw. die Lebenswelten von Jugendlichen tangieren. Hingegen ist es weitaus schwieriger, öffentlich sichtbare und zugängliche Richtlinien auf Bezirksebene zu finden. Jedoch werden diese stärker in ihrer Anwendung, über lokale Vereine, Initiativen und Organisation vermittelt. So verweisen die Einrichtungen in beiden Bezirken häufig auf den Bezug zu Gesetzen und Richtlinien in den Bezirken sowie auf Landesebene, wenn sie über Aktivitäten informieren. Viele der Aktivitäten beziehen sich dabei auf dieselben wenigen Gesetze, wie zum Beispiel, Artikel 1 des Gesetzes v. 26. Juni 1990, BGBl. I S. 1163, § 11 Jugendarbeit oder dem zweiten Gesetz zur Änderung des Jugendschutzgesetzes. Dabei bleibt jedoch unklar, ob und wie diese in Bezug zur Entstehung dieser Aktivitäten, dem „Erfolg“ oder einem mehr oder weniger starken Einfluss dieser Aktivitäten auf die Politik (auf Landes- oder Bezirksebene) stehen. Man kann daraus einerseits schließen, dass die obengenannten Gesetze einen Großteil der Bedarfe von Jugendeinrichtungen abdecken bzw. ihnen genügend strategischen Spielraum für ihre Aktivitäten und Zielgruppen bieten. Zugleich zeigen die Workshops hier auch ein Stagnieren der Gesetzgebung und die Notwendigkeit von mehr Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit (finanziell und politisch) für die Bezirke und Einrichtungen. Auch wurden die Bedarfe analysiert, welche die rechtliche Ebene auf Bezirks- und Landesebene antizipieren und hier ein besonderes Augenmerk auf die Themen sexuelle Bildung und mentale Gesundheit gelegt. Schließlich gibt es keine Richtlinien, die sich explizit auf den Bereich sexuelle Bildung konzentrieren, sondern vor allem eine allgemeine Unterstützung der sexuellen Gesundheit Jugendlicher, wie zum Beispiel durch das GDZustVO. Darüber hinaus scheint es keine klare Strategie im Bereich mentale Gesundheit für Jugendliche zu geben. So fokussieren sich Debatte darüber vor allem auf das Thema Sicherheit im Internet. Zudem wird Clan-Kriminalität viel mehr als wichtiges jugendpolitisches Thema in Berlin diskutiert. Hier existieren bereits Jugend-Organisationen, die sich speziell mit diesem Thema befassen, welche jedoch von den Bezirken wenig finanzielle und soziale Unterstützung bekommen. Es scheinen, dass die aufgefassten Themen der Jugendorganisationen andere Fokuspunkte verfolgen als die formulierten Gesetze und auch hier, die Schaffung von Gesetzen zu stagnieren, vor allem auf Bezirksebene.

Die Umsetzungsebene

Es zeigten sich zudem Unterschiede in der Onlinepräsenz der Jugendeinrichtungen, hier vor allem in der Sichtbarkeit der angebotenen Aktivitäten, wobei die Aktivitäten in Friedrichshain-Kreuzberg deutlich einfacher zugänglich sind als jene in Tempelhof-Schönberg. Dies spiegelte sich teilweise in den Angeboten der gleichen Einrichtung in den beiden Bezirken wider, aber auch in der dargestellten Vielfalt an Aktivitäten. Dabei unterschieden sich die Aktivitäten von Einrichtungen, die bspw. in beiden Bezirken aktiv sind. Einerseits hinsichtlich der angesprochenen Zielgruppen, aber auch in der inhaltlichen Schwerpunktsetzung. Ein Beispiel ist ein Jugendhilfeträger in Tempelhof-Schöneberg. Die Aktivitäten des Trägers in Friedrichshain-Kreuzberg verfolgen dabei eher einen familienorientierten Ansatz, d. h. Familienmitglieder werden in den Hilfeprozess einbezogen. In Tempelhof-Schöneberg hingegen liegt der

Schwerpunkt auf Jugendwohnprojekten. Ein weiteres Beispiel sind die Aktivitäten und Methoden des Jugendforums in den Bezirken. In Friedrichshain-Kreuzberg sind diese häufiger in Form von Diskussionen organisiert und verfolgen dialogischen Ansatz, wobei in Tempelhof-Schöneberg verstärkt Methoden gefördert werden, die den Sozialraum einbeziehen, wie bspw. Spaziergänge. Diese Beispiele können einerseits die unterschiedlichen Bedürfnisse, Problemlagen und inhaltlichen Ausrichtungen und Schwerpunkte der Einrichtungen und Anwohner:innen widerspiegeln. Zugleich kann es aber auch die unterschiedlichen Kapazitäten widerspiegeln, mit denen die Akteure in den einzelnen Bezirken agieren können. Schließlich kann in einer weiteren Forschung untersucht werden, weswegen diese Unterschiede bestehen, wobei hier vor allem festgestellt werden soll, dass diese auf der Umsetzungsebene existieren.

Auch die Nachvollziehbarkeit von Kooperationen und Förderungen zeigte sich in den Bezirken unterschiedlich. Projekte in Tempelhof-Schöneberg waren deutlich transparenter hinsichtlich ihrer Förderung und Verbindung zum Bezirk / Land. Dies zeigte sich zugleich aufseiten der Bezirke. Zugängliche Informationen, aber auch Online-Badges bzw. Zertifikate auf den Webseiten waren ein wesentliches Instrument der Kooperationspartner, um Bezüge und eine Beteiligung in Projekten zu zeigen. Auch hier nutzen die in Tempelhof-Schöneberg geförderten Projekte diese in besonderem Maße. Im Gegensatz dazu wurden einige Projektkooperationen in Kreuzberg nicht über die Bezirksseiten sichtbar und keine Badges/Zertifikate genutzt. Auch hier wurden diese vor allem über die Aktivitäten der Jugendeinrichtungen deutlich. Diesem Vergleich kann in einer weiteren gezielten Recherche nachgegangen werden. Im Rahmen dieses Berichts sollen vor allem die unterschiedlichen Aktionslinien der Jugendarbeit in den Bezirken aufgezeigt werden.

Die Evaluationsebene

Welche Maßnahmen und Strategien verfolgt werden, um die Aktivitäten und sich ändernden Bedarfe auf Bezirksebene zu erfassen, wurde schließlich in einem letzten Teil des Desk Researchs erfasst. Es ist wichtig hier zu betonen, dass es hier um unabhängige Evaluationsorganisationen, und nicht um eine projektbezogene Evaluation geht. So gibt es zwar unabhängige Stiftungen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Jugendbeteiligung und -engagement methodisch, aber auch in seiner Wirkung zu evaluieren, jedoch mangelt es hier eindeutig an Kooperationen und einem Informationsaustausch zwischen den Bezirken, dem Staat und diesen Organisationen, um Ergebnisse in zukünftige Implementierungen zu integrieren. Obwohl die Arbeit dieser unabhängigen Organisationen wichtig ist, die Evaluierungen durchführen, wäre es wichtig, das Kommunikationsnetzwerk hier auszubauen. Vor allem zwischen den Organisationen, den Städten, Landkreisen, um eine reflektierende Feedbackschleife über die Aktivitäten und mögliche Veränderungen zu ermöglichen.

4.1 Auswertung

Schließlich sollen nun einige Schlüsse daraus gezogen werden, die in weiteren Untersuchungen aber auch durch Diskussionen zwischen den Akteuren weiter vertieft werden können. Wie bereits oben erwähnt, kann eine „Stagnation“ in der Erarbeitung neuer Gesetze festgestellt werden, also dass die

Politikgestaltung nach dem Schritt der Politikformulierung aufzuhören scheint. So werden neue Gesetzesideen von Jugendträgern formuliert, jedoch nicht aufgenommen. Ideen bezüglich einer gesetzlichen Anpassung werden weder über die Websites der Jugendorganisationen geäußert, noch sind sie in öffentlichen Debatten präsent. Hier liegt der Schwerpunkt auf den staatlichen Akteuren. Es wird davon ausgegangen, dass die Bedürfnisse durch physische Aktivitäten und nicht durch direkte politische Aktionen angegangen werden. Die Umsetzungsebene zeigte sich als die aktivste in dieser Forschung. Es gibt eine große Vielfalt an Organisationen und Aktivitäten, an denen sich Jugendliche beteiligen können. Von Jugendforen über Sporteinrichtungen bis hin zu Theatergruppen. Allerdings scheint hier vor allem an Netzwerken und Ressourcenaustausch zwischen den Akteuren der Zivilgesellschaft zu mangeln sowie an nötigen strukturellen Ressourcen, die diese entlasten und mehr Handlungsmacht ermöglichen. Diejenigen, die das „Glück“ einer langfristigen Förderung zu haben, scheinen dies erfolgreich zu tun. Und schließlich mangelt es an Konsistenz und Feedbackschleifen auf der Evaluationsebene. Es gibt zwar unabhängige Evaluierungen zu verschiedenen Aspekten des Jugendengagements und der Jugendsicherheit, aber es gibt keine aktuellen Evaluierungen zur Dichte der Aktivitäten, zur Quantität der Aktivitäten oder zur Vielfalt der Aktivitäten.

4.2 Erste Empfehlungen aus dem Desk Research

Es gibt deutliche Diskrepanzen zwischen allen drei Säulen, wobei die größte Lücke in der Anerkennung und Evaluierung der Bedürfnisse und Lebenswelten von Jugendlichen besteht. Auf Grundlage des Desk Researchs können daher folgenden Empfehlungen formuliert werden, um die jugendpolitische Arbeit der Bezirke und des Landes zu stärken:

1. Der Aufbau und die Unterstützung von Netzwerkorganisationen und -initiativen, die den Kontakt zwischen den jugendpolitischen Akteuren zwischen den Bezirken, Staat und Land erleichtern.
2. Stärkung des Zusammenschlusses, der Transparenz und des Informationsaustauschs zwischen Akteuren der Jugendarbeit und den Verwaltungen, die in ihrer Arbeit in Zusammenhang stehen und interagieren. Dies sollte die Gefahr mangelnder Finanzierung und fehlender physischer Unterstützung (d.h. Arbeitskräfte) minimieren.
3. Schaffung von zugänglichen Beteiligungsinstrumenten auf der sozialräumlichen Ebene, mit denen Akteure, die bürokratische und zivilgesellschaftliche Aktivitäten durchführen, Politik mit- oder selbst gestalten können. So scheint der Mangel an politischem Einfluss Jugendlicher eine Folge von Unterfinanzierung in den Bezirken bzw. mangelndem Zugang zu Ressourcen zu sein.
4. Hervorhebung und Stärkung des politischen Aktivismus als wesentlicher Bestandteil der Jugendarbeit und Beteiligung.
5. Um auf die Bedürfnisse und Wünsche der Jugendlichen einzugehen, wäre es von Vorteil, offene Diskussionsrunden, Feedback-Möglichkeiten (z. B. Meinungsboxen) in Jugendzentren zu schaffen. Jeder Bereich, in dem eine offene und ehrliche Kommunikation möglich ist, wäre von Vorteil. Diese Meinungen können dann in detailliertere Strategien umgesetzt werden.

4. Ergebnisse der Fokusgruppen

In diesem Kapitel werden zunächst die drei Themen eingeführt, die sich beim Clustering als Überschneidung zwischen allen drei Gruppen gezeigt haben.

1. Drogen
2. Stigmatisierung und Diskriminierung
3. Mentale und Physische Sicherheit

Diese Themen haben sich teilweise ebenfalls überschritten und bedingen sich gegenseitig. Um ein genaueres Verständnis darüber zu erhalten, werden die Themen über einen Einblick in die einzelnen Gruppendiskussionen, genauer dargestellt.



Exemplarische Ergebnisse der Fokus Gruppe

4.1 Drogen

In allen Gruppen wurden Drogen und sichtbarer Drogenkonsum als wichtiges Thema für den Bezirk und den Alltag der Jugendlichen diskutiert. Oft wurde das Thema zudem in Zusammenhang mit bestimmten

Ortsteilen / "Kiezen" gebracht, wie zum Beispiel das Kottbusser Tor ("Kotti"). Es wurden dabei Ängste beschrieben, wie die Angst vor Gewalt, sowie die Angst davor, durch diesen „räumlichen Kontakt“ auch persönlich in Kontakt mit Drogen zu kommen. Die "einfachen Zugänge zu Drogen" und die Angst davor "abzurutschen" bedrückten Jugendliche zum Teil deutlich. Es wurden die Stigmatisierung und Kriminalisierung von Drogen dabei von einigen Jugendlichen als "Urheber des Problems" genannt und polizeiliche Maßnahmen dahingehend diskutiert. Dennoch stresst Jugendliche die alltägliche Auseinandersetzung mit Drogenkonsum und führt teilweise zu Unsicherheit. Zudem nennen Jugendliche die Gefahr, selbst „abzurutschen“ und nennen die Verharmlosung von Drogen unter Jugendlichen und Kindern, bspw. durch soziale Medien als weitere Ursache.

4.2 Stigmatisierung

Neben Drogen (Drogenkonsum, Drogenhandel, deren Kriminalisierung), waren auch "Obdachlosigkeit" und Dreck Aspekte, die als, stigmatisierend für bestimmte Teile der Stadt beschrieben wurde. Beide Bezirke wurden zudem immer wieder mit einer mehr oder weniger starken Diskriminierung, Muslim:innenfeindlichkeit, Rassismus und Klassismus in Verbindung gebracht. Die Diskriminierung und Stigmatisierung von bestimmten Jugendlichen wurden in allen Gruppen, anhand von Kategorien wie "Kopftuch, Geschlecht, Hautfarbe, Wohnort" etc. beschrieben und führte zu Angst, Unsicherheit und Wut aber auch zu Loyalität untereinander.

4.3 Mentale Gesundheit

In allen Fokusgruppen wurde Berlin als „schön und hässlich“, „hart, aber auch das zu Hause“ beschrieben wurde. Die „Hässlichkeit“ und „Härte“ steht oft im Zusammenhang mit Gewalt, Drogen und einem „sich durchschlagen müssen“. Zugleich sind Gemeinschaft, Familie und Freunde, Parks und Jugendfreizeiteinrichtungen auf der schönen Seite und schaffen einen Ausgleich. In allen zeigte sich der Einfluss dieser Pole auf das Gefühl von Zugehörigkeit, Sicherheit oder Angst in der Stadt. Dabei ist das Thema mentale Gesundheit ein Thema, das in den Fokusgruppen über verschiedene Aspekte diskutiert und deutlich wurde. Einerseits über die gesellschaftlichen und psychischen Folgen der Covid-19 Pandemie, die Herausforderungen, die mit der persönlichen Entwicklung zusammenhängen, aber auch über die beschriebenen Erfahrungen von Gewalt in öffentlichen Räumen, Drogen und Unsicherheit.

4.4 Einblicke in die Fokus Gruppe 1

Hauptthemen dieser Gruppe waren Sicherheit, Gesundheit und Zukunftsängste sowie gesellschaftliche Erwartungen und Genderrollen. Sicherheit wurde in dieser Gruppe vor allem über eine Unsicherheit in Bezug auf die eigene Zukunft und die Zeit nach der Schule, aber auch in Bezug zu sexualisierter Gewalt im Stadtraum diskutiert, dem sich einige Teilnehmende ausgesetzt und ohnmächtig gegenüber fühlen. Familien, Freunde und Nachbar:innen, aber auch öffentliche Orte wie Jugendfreizeiteinrichtungen wurden als Gegenspieler genannt, da sie ein Gefühl der Gemeinschaft, Zugehörigkeit und Sicherheit erzeugen. Zugleich werden diese als Schutzräume wahrgenommen, in denen ein Austausch, Aufklärung und ein

gemeinsames Entwickeln von Handlungsstrategien passiert. Hier vor allem über Aktivitäten und Angebote der offenen Jugendarbeit, an denen sie fast täglich Teil nehmen und so Freundschaften und Hobbys entwickeln. Auch wurden Rassismus und Klassismus an Schulen als Problem angesprochen, mit dem Jugendliche umgehen und deswegen teilweise sogar die Schule wechseln.

Ein wichtiger Faktor in Bezug auf mentale Gesundheit waren in dieser Gruppe, gesellschaftliche Erwartungen, Normen und Rollenbildern sowie die damit verbundenen Diskriminierungen im Alltag. Dabei wurden Schuld und Scham diskutiert, vor allem in Bezug auf Sexualität, gegenüber sexuellen Übergriffen im Alltag und dem Umgang damit. Einerseits beschreiben die Teilnehmenden die Stadt dabei als gefährlich und beschreiben Angst, Stress und Ohnmacht. Zugleich werden diese Ängste, Scham und Schuldgefühle aber auch kritisch, im Hinblick gesellschaftlicher Normen und „veralteter Rollenbilder“ hinterfragt. Dabei spielt Social Media, wie Instagram und YouTube eine große Rolle für die Teilnehmenden, um mit diesen Themen und Erfahrungen umzugehen, ist eine Informationsquelle und Austauschplattform. Auch wenn die Vorteile von sozialen Medien hier unterstrichen werden, werden auch die beschränkten Zugänge diskutiert sowie das Verbreiten von falschen Informationen.

In Bezug zu mentaler Gesundheit wurde zudem beschrieben, dass es wenige „erwachsene Ansprechpartner:innen“ für Kinder und Jugendliche zu diesen Themen gibt. Dabei wird die fehlende fachliche Kompetenz von Erzieher:innen und Lehrkräften zu Themen wie sexualisierte Gewalt, sexuelle Entwicklung und mentale Gesundheit, aber auch eine mangelnde pädagogische Kompetenz im Umgang mit Fragen um Identität und Sexualität angesprochen. So scheint dies die Sorgen der Teilnehmer:innen und das „damit allein sein“ zu verstärken und steht für die Teilnehmenden zugleich, für eine mangelnde gesellschaftliche Relevanz dieser Themen. Hier schlagen die Jugendlichen mehr Fortbildungen für Lehrkräfte an Schulen an, um diese für eben diese Themen zu sensibilisieren. Die Teilnehmenden beschreiben zudem Probleme wie Depressionen oder Angstzustände und die zeitgleichen Tabuisierungen von mentalen Problemen, Krankheit und Therapie in der Gesellschaft, die es schwieriger macht, offen mit diesen Problemen umzugehen. Hier zeigt sich erneut die Diskrepanzen zur „älteren Generationen“ (z. B. Eltern oder Lehrer) sowie zu Rollenbildern und Normen, die an die Jugendlichen gestellt werden, und die immer wieder als Herausforderung und Problem beschrieben werden.

Vorschläge

Im Gespräch brachten die Jugendlichen selbst einige Vorschläge, für die Politik, um auf diese Themen einzugehen. Einerseits wurden Fortbildungen für Lehrer:innen zu den Themen sexuelle Bildung, Klassizismus und Rassismus gefordert. Auch die Durchführung von Projekttagen zu diesen können zu mehr Aufklärung über sexuelle Identität, mentale Gesundheit und Resilienz, aber auch sexualisierte Gewalt und Diskriminierung beitragen und Jugendliche stärken. Zudem wurde eine Anpassung oder Ergänzung der Rahmenlehrpläne angesprochen, die die relevant dieser Themen ungenügend widerspiegelt.

4.5 Einblicke in die Fokus Gruppe 2

Es wurde deutlich, dass sich die Jugendlichen stark mit dem Bezirk der Gruppe (Kreuzberg) identifizieren, wobei der "Kotti" (das Kottbusser Tor) immer wieder ein starker Marker des Viertels und für die angesprochenen Themen ist. Auch in Gruppe 2 werden die Themen Stigmatisierung, Sicherheit sowie Zukunftsängste angesprochen, wobei sich die jeweilige Gewichtung der Themen zu Gruppe 1 unterscheidet. So tritt hier vor allem die Stigmatisierung des Bezirks "Kreuzberg" und die Auseinandersetzung mit sichtbarem Drogenkonsum und Obdachlosigkeit. In Bezug auf die Stigmatisierung Kreuzbergs wird vor allem der "Kotti" einerseits Ort für „Drogen“ und Obdachlosigkeit genannt. Besonders werden die schlechteren Zukunftschancen, aufgrund des Wohnortes als Problem genannt. Die Jugendlichen beziehen sich dabei vor allem auf Ängste um (finanzielle) Sicherheit und Stabilität und die geringere Wahrscheinlichkeit in der Zukunft „etwas zu werden“, wenn „man aus Kreuzberg kommt“. Spannend ist, dass es damit eine Art Abgrenzung bei den Jugendlichen gibt, und andererseits ein Gefühl von Zugehörigkeit und Loyalität zum „Kiez“ und den Menschen. So zeigen sie große Solidarität mit der Nachbarschaft und Gemeinschaft im Bezirk, zu der für sie auch obdachlose Menschen gehören. Auch hier werden wieder die großen Bezüge und die Bedeutung von Jugendfreizeiteinrichtungen deutlich, in denen die Jugendlichen diese Themen diskutieren und Handlungsweisen damit entwickelt. Zugleich nehmen die Jugendlichen auch Maßnahmen im Bezirk wahr, mit denen auf Kriminalität und Drogenkonsum reagiert wird (wie bspw. polizeiliche Kontrollen). Dabei sehen einige Jugendliche diese Kriminalisierung als einen Grund für die Stigmatisierung des Bezirks und diskutieren ähnliche Maßnahmen und Möglichkeiten darauf zu reagieren kontrovers. So sind die negativen Auswirkungen von dieser Stigmatisierung auch für sie, eingeschränkte Berufschancen, eine mangelnde Aussicht auf „Erfolg“ und generelle Zukunftsängste. Besonders in Bezug auf ihre „Zukunftspläne“, scheint die Möglichkeiten, "etwas zu erreichen", für sie geringer zu sein, wenn "man aus Kreuzberg kommt". Für einige Jugendliche bedeutet dies auch, den Bezirk zu verlassen, wobei die "Aussichten auf Erfolg," auf andere Bezirke projiziert. Für andere Jugendliche hat hingegen die Zugehörigkeit und Loyalität gegenüber der lokalen Gemeinschaft und Familienmitgliedern Vorrang, was für sie auch bedeutet im Bezirk zu bleiben und damit schwerere Zukunftschancen zu haben.

Vorschläge

Es wäre wichtig, die positive Identifikation mit dem Kiez zu stärken. Dabei kann das Kottbusser Tor als genannter Marker des Bezirks eine wichtige Rolle spielen. Auch kann eine positive Identifikation mit dem Bezirk durch das Schaffen von Vorbildern und Zukunftsaussichten im Bezirk gestärkt werden, wobei auch hier die Meinungen, Interessen und Realitäten der Jugendlichen die Basis bilden sollten. Auch in Bezug zu der beschriebenen Unsicherheit aufgrund von Drogen, Kriminalität, aber auch Rassismus und Muslim:innenfeindlichkeit ist es wichtig Maßnahmen im Bezirk zu ergreifen. Jugendliche sollten jedoch stärker in Entscheidungen, aber auch die Debatten um Drogenkonsum, Obdachlosigkeit und den Umgang damit eingebunden werden. Hier ist es zudem wichtig keine weitere Gentrifizierung des Bezirks zu verursachen und die Gemeinschaften der Kieze hingegen zu stärken und zu unterstützen. So sollten

Jugendliche auch hier stark einbezogen werden und die Arbeit von Jugendfreizeiteinrichtungen im Bezirk unterstützt werden.

4.6 Einblicke in die Fokus Gruppe 3

Auch in dieser Gruppe wurden die Themen Drogen, Rassismus und Muslim:innenfeindlichkeit sowie das Thema Stigmatisierung in Bezug zum Bezirk Kreuzberg hervorgehoben, wobei das Thema Sicherheit ein wichtiger Diskussionspunkt war. Die Teilnehmer:innen der Gruppe beschreiben hier die täglichen Auseinandersetzungen mit Drogenkonsum und Handel in Kreuzberg, aber auch in anderen Bezirken Berlins. Dabei spielen für sie vor allem die Folgen von Sucht bei Jugendlichen eine Rolle. Auch hier war das Gefühl von Unsicherheit und „heruntergekommen sein“ stark, dass mit dem Bezirk in Verbindung gebracht wird, und das ihrer Meinung nach auch auf die Bewohner:innen schwappt. Das Problem besteht für sie hier vor allem in dem großen Einfluss, den Drogenkonsums in der Stadt und insbesondere auf Familien und Kinder hat. Die große Sichtbarkeit von „Konsum“ an familiären Orten wie Spielplätzen, die durch Zigarettenstummel, herumliegende Spritzen und auch versteckte Drogen verschmutzt, sehen sie hier als größeres Problem. Jedoch verbinden Jugendliche dies mit einer „Nachlässigkeit“ der Politik – hier der Bezirks- und Landesämter –im Schutz von Kindern und Jugendlichen. Die Vernachlässigung verbinden sie zudem mit einer geringeren gesellschaftlichen und stadtpolitischen Relevanz des Bezirks. Es wird hier der Vergleich zu Charlottenburg genannt, wo „mehr Wert auf Sauberkeit“ gelegt wird und die „Reinigungskräfte verstärkt unterwegs sind“. Dies hat für sie zwei Konsequenzen: Einerseits werden Drogen damit verharmlost und zweitens, wird der alltägliche Kontakt zu Drogen bei Kindern und Jugendlichen selbstverständlicher. Diese Selbstverständlichkeit führt ihrer Meinung nach zu der Gefahr, dass Kinder und Jugendliche selbst Drogen nehmen. Zudem diskutierte die Gruppe den Einfluss sozialer Medien, die ihrer Meinung nach den Konsum von Drogen verharmlosen und die hingegen, stärker für eine Aufklärung zu diesen Themen genutzt werden sollten. In Bezug auf das Gefühl von Sicherheit diskutierten die Jugendlichen das Thema Diskriminierung, dass sie mit Berlin, aber auch mit einzelnen Bezirken in Verbindung bringen. Hier vor allem Rassismus und Muslim:innenfeindlichkeit. Die Jugendlichen beschreiben diverse Fälle von Gewalt im Alltag und die Herausforderung, mit diesen umzugehen. Für einige Jugendliche sind Rassismus und Muslim:innenfeindlichkeit dabei auch ein Grund, die Stadt zu verlassen, andere beschreiben Rückzug und Ohnmachtsgefühle.

Vorschläge

Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, die die Sicherheit gewährleisten, jedoch weder zu Gentrifizierung noch zur Kriminalisierung von Minderheiten führen. Darüber hinaus ist es wichtig, Jugendliche in diese Maßnahmen einzubeziehen. Aufklärungskampagnen über soziale Medien sollten zu Themen wie Drogen durchgeführt werden. Besonders im Fokus sollten Maßnahmen gegen Rassismus und Muslim:innenfeindlichkeit stehen, wobei die Arbeit von Jugendeinrichtungen in diesem Bereich gestärkt und soziale Medien genutzt werden sollten, um Aufklärung zu fördern und migrantische Gemeinschaften

zu unterstützen. Zusätzlich sollten Angebote geschaffen werden, die Jugendlichen helfen, mit Rassismus und Diskriminierung umzugehen. Auch hier können soziale Medien stärker genutzt werden.

5. Zusammenfassung

Zusammengefasst zeigten sich die beiden Themen Sicherheit und Identität als am relevantesten für die Lebenswelt der befragten Jugendlichen in den Bezirken und Berlins. Fehlende Sicherheit in Bezug auf finanzielle und persönliche Stabilität und damit verbundene Zukunftsängste sowie auf Gewalt (bspw. sexualisierte oder rassistische Gewalt. Hier spielte das Thema mentale Gesundheit, bspw. im Umgang mit diesen Gewaltformen ebenso eine Rolle. Identität beschreibt die Herausforderungen und Aushandlungsprozesse, einerseits in Bezug auf die persönliche Identitätsentwicklung, aber auch auf die Identität des Bezirks (Bspw. Stigma oder ein schlechter Ruf des eigenen Stadtteils). Auch hier hat das Thema mentale Gesundheit einen Einfluss (bspw. bei fehlenden Ansprechpersonen und Umgangsweisen für diese Herausforderungen). Schließlich soll diese Auswahl eine Fokussierung ermöglichen und nicht die Subthemen der Gruppen ausklammern. Vielmehr ermöglichten die Vielschichtigkeit und Nuancierung dieser Themen in den Gruppen, ein besseres Verständnis für die Bedürfnisse, Herausforderungen und Anliegen in Bezug auf Sicherheit und Identität bei Jugendlichen. Hier ist es wichtig, auf Herausforderungen aufmerksam zu machen und nach Lösungen zu suchen, um das Wohlbefinden und die Sicherheit von Jugendlichen fördern. Eine gemeinsame Grundlage, die in allen Gruppen hervorgehoben wurde, ist die Bedeutung von Gemeinschaft, Zugehörigkeit und Schutzräumen für ein Gefühl der Sicherheit. Jugendfreizeiteinrichtungen, Familien, Freunde und Nachbarschaften wurden hier als Gegenspieler für Unsicherheit und Ängste genannt, aber auch als Quellen der Unterstützung und des Austauschs. Hier wäre es selbstverständlich anstrengenswert, angemessene Ressourcen und Unterstützung bereitzustellen, um diese zu stärken und auszubauen. Die Stigmatisierung von Bezirken, insbesondere Kreuzberg, wurde als Problem genannt, aber auch Diskriminierungserfahrungen, insbesondere im Zusammenhang mit Rassismus und Muslimfeindlichkeit. Auch sexualisierte Gewalt wurde als Faktor genannt, der das Sicherheitsgefühl von Jugendlichen beeinträchtigen. Auch wenn Unsicherheit bei allen diskutiert wurde, waren es vor allem Mädchen, die dies in Bezug auf sexualisierte Gewalt nannten. Auch zeigten sich hier Konflikte über Normen, Lebensweisen und soziale Erwartungen, vor allem im Hinblick auf Gendernormen und traditionell „weiblich Rollenbilder“. Die Auswirkungen von Drogenkonsum, hauptsächlich auf Jugendliche und Familien, wurden zudem als bedenklich angesehen, und die Vernachlässigung des Problems seitens der Politik wurde kritisiert. In Bezug auf das Thema Identifikation wurde herausgestellt, wie wichtig es ist, positive Identifikationsmöglichkeiten zu schaffen und die Herausforderungen des Prozesses anzusprechen. Die Forderung nach mehr Sensibilisierung und Fortbildungen für Lehrkräfte zeigt das Bedürfnis nach besserer Unterstützung und angemessener Auseinandersetzung mit Themen wie sexualisierter Gewalt, mentaler Gesundheit und Identität. Insgesamt verdeutlichen diese Erkenntnisse die Komplexität der Themen Sicherheit und Identität für Jugendliche und die Notwendigkeit, angemessene Unterstützung, Bildung und Ressourcen bereitzustellen, um ihre Sicherheit und ihr Wohlbefinden zu

fördern. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass soziale Medien dabei sowohl eine Informationsquelle als auch eine Plattform für Austausch sein können, aber auch Beschränkungen und Probleme für diese Anliegen mit sich bringen.

6. Empfehlungen

Die Vielfalt an Themen zeigt, dass die Kommunikation mit Jugendgruppen ein Schwerpunkt der Politik sein sollte. Anstatt sich auf einzelne Themen zu konzentrieren, sollte Jugendpolitik dynamisch und in Austausch mit Jugendlichen und Jugendfreizeiteinrichtungen stehen. Wir empfehlen daher die Einführung eines reflektierten und dynamischen Ansatzes, der sich selbst in Situationen zur Rechenschaft zieht, in denen die wahren Anliegen Jugendlicher nicht mehr einbezogen werden. Das bedeutet, dass die auf der jeweils „höheren Ebene“ diskutierten Themen, die Bedenken Jugendlicher „on the ground“ widerspiegeln. Dies kann durch den Ausbau von Foren und Fokusgruppen geschehen, die ebenfalls dynamische und spielerische Ansätze verfolgen und die Jugendlichen die Möglichkeit geben Perspektiven zu teilen. Zudem sollte deutlich mehr laufende Forschung und Evaluation zu den Themen Jugendlicher passieren, die auch Jugendliche und Jugendfreizeiteinrichtungen als Expert:innen einbeziehen. Zudem sollten Unterschiede in der Wahrnehmung und Realität von Unsicherheit und Identität in zukünftigen Maßnahmen mitbedacht und ein gender-sensible Ansätze verfolgt werden. Es wurden zudem Vorschläge von den Jugendlichen selbst angebracht, die die Sicherheit als auch die Identifikation der Jugendlichen mit ihrem Bezirk stärken sollen. Es sollten Aufklärungskampagnen zu Themen wie Drogenkonsum, sexualisierte Gewalt und mentale Gesundheit und Entwicklung sowie gezielt Maßnahmen gegen Rassismus und Muslim:innenfeindlichkeit durchgeführt werden. Dabei sollte die Arbeit von Jugendeinrichtungen gestärkt und vor allem mehr Stellen in den Bezirken für Jugendarbeit geschaffen werden. So zeigte sich einerseits in den Workshops aber auch über den Bedarf der Jugendlichen der Mangel an Personal in der Jugendarbeit, die diesen auffangen. Auch sollten soziale Medien genutzt werden, um Aufklärung zu fördern und migrantische Gemeinschaften zu unterstützen. Zusätzlich sollten Angebote geschaffen werden, die den Jugendlichen helfen, mit Rassismus und Diskriminierung umzugehen. Die Einbeziehung der Jugendlichen in diese Maßnahmen ist von großer Bedeutung, um ihre Perspektiven und Bedürfnisse angemessen zu berücksichtigen. Es wurde zudem betont, dass Entscheidungen und Debatten zu Themen wie Drogen, Kriminalität, Rassismus und Muslim:innenfeindlichkeit die aktive Beteiligung der Jugendlichen erfordern. Eine enge Zusammenarbeit mit Jugendfreizeiteinrichtungen im Bezirk kann zudem von großer Bedeutung sein, um die Identität und Zugehörigkeit der Jugendlichen zu fördern. Schließlich sollte vermieden werden, den Bezirk durch weitere Gentrifizierung zu verändern, um vermeintliche Sicherheit und positive Identität zu schaffen. Stattdessen sollten die Gemeinschaften der Kieze gestärkt und unterstützt werden. Das Kottbusser Tor wurde als ein symbolischer Marker des Bezirks genannt, der eine Rolle bei der Stärkung der Bindung der Jugendlichen an ihren Bezirk spielen kann. Zudem sollten Vorbilder und Zukunftsaussichten im Bezirk geschaffen werden, wobei die Meinungen, Interessen und Realitäten der Jugendlichen als Grundlage dienen sollten. Ein in allen Gruppen genannter Vorschlag war der **Ausbau und das verstärkte Angebot an Weiterbildungen für Erzieher: innen und Lehrkräften sowie Projektstage**, zu den Themen sexualisiert

Gewalt, Rassismus und Klassismus. Momentan gibt es vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (bmfsfj) eine Online-Plattform namens Fortbildungsnetz-sg. mit dem Multiplikator:innen sich durch Fakten, Täter:innenstrategien, rechtliche Grundlagen und Handlungsleitfaden weiterbilden können (bmfsfj 2021; Trau-Dich! 2023). Die Online Plattform fokussiert sich auf sexualisierte Gewalt. Jedoch bauen solche Initiativen auf die Eigeninitiative von Multiplikator:innen auf. Es fehlt, wie die Teilnehmer:innen der Fokusgruppen vorschlagen, eine landesweite Fortbildungsstrategie zu den genannten Themen, die vom Bund und den Ländern unterstützt wird. Zudem sind die Bildungsangebote zu den Themen Muslim:innenfeindlichkeit und Rassismus meist von privaten Verbänden oder Kompetenznetzwerken, wie der Verband muslimischer Lehrkräfte (VML) e.V. oder Kompetenznetzwerk Islam- und Muslim:innenfeindlichkeit (Claim-Allianz 2023; KIM 2023). Obwohl diese eine große Vielfalt an Lehrmaterialien bieten zu den Themen Identität und Muslim:innenfeindlichkeit, bauen diese auch auf die Eigeninitiative von Bildungseinrichtungen auf.

7. Referenzen

bmfsfj (2021). „Neue Online-Plattform für Fortbildungen zu sexualisierter Gewalt“, <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/neue-online-plattform-fuer-fortbildungen-zu-sexualisierter-gewalt-178070>, konsultiert am 01. Mai 2023

Claim-Allianz (2023). „Verband muslimischer Lehrkräfte (VML) e.V.“, <https://www.claim-allianz.de/netzwerk/vml-e-v/>, konsultiert am 01. Mai 2023

KIM (Kompetenznetzwerk Islam- und Muslimfeindlichkeit) (2023). „Bildungsangebote“, <https://kompetenznetzwerk-imf.de/angebote/bildungsangebote>, konsultiert am 01. Mai 2023

RKI (Robert Koch Institut) (2020). „Stressbelastung bei Kindern und Jugendlichen“, https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Studien/Adipositas_Monitoring/Psychosoziales/HTML_Themenblatt_Stressbelastung.html#:~:text=Als%20körperliche%20Stresssymptome%20werden%20bei,beispielsweise%20Konzentrationschwierigkeiten%20beschrieben%20%5B2%5D., konsultiert am 06. Mai 2023

Trau-Dich! (2023), Kindesmissbrauch: Wie Lehrkräfte zum Schutz von Kindern beitragen können“, <https://www.multiplikatoren.trau-dich.de/aktiv-werden/fuer-paedagogische-fachkraefte/>, konsultiert am 01. Mai 2023